



**Stadt Erlangen**

# Einladung

## Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb

1. Sitzung • Dienstag, 18.01.2011 • Ratssaal, Rathaus

### Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

### Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

**Inhaltsverzeichnis  
siehe letzte Seite(n)**

#### **4. Mitteilungen zur Kenntnis**

- |      |  |                                 |
|------|--|---------------------------------|
| 4.1. | Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen der externen Beraterfirma Rödl + Partner               | BM/ZV/011/2010<br>Kenntnisnahme |
| 4.2. | Budget des GME im Haushalt 2011 und dessen Auswirkungen aufgrund nicht berücksichtigter Nachmeldungen der Verwaltung | 241/022/2010<br>Kenntnisnahme   |
| 4.3. | Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung: Untersuchungsbereich "Amt für Gebäudemanagement" - Maßnahmen 8 bis 13        | 241/024/2010<br>Kenntnisnahme   |
| 4.4. | Friedrichstraße 17, VHS Erlangen, Sanierung  | 242/100/2010<br>Kenntnisnahme   |

#### **5. Beratung und Behandlung der Anträge zum Haushalt 2011**

- |      |   |                           |
|------|---|---------------------------|
| 5.1. | Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2011; Neufassung - Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2010   | 11/031/2011<br>Gutachten  |
| 5.2. | Maßnahmenvorschläge von Rödl + Partner  | 112/024/2010<br>Gutachten |
| 5.3. | Antrag zum Arbeitsprogramm 2011 des Bauaufsichtsamtes (Amt 63) - Prüfung von Brandschutznachweisen; hier: Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion | 63/124/2010<br>Beschluss  |
| 5.4. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Bauaufsichtsamtes (Amt 63)<br>- siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 367    | 63/125/2010<br>Beschluss  |

- 5.5. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für Gebäudemanagement (Amt 24) - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 71 24/019/2010 Beschluss
- 5.6. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Tiefbauamtes (Amt 66) - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 373 - 378 66/081/2010 Beschluss
- 5.7. Finanzhaushalt / Investitionsprogramm
- 5.8. Haushaltsanträge
6. Anfragen

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 11. Januar 2011

**STADT ERLANGEN**  
gez. Dr. Siegfried Balleis  
Oberbürgermeister

**Hinweis:**

Es wird darum gebeten, die bereits verteilten Haushaltsunterlagen

- Haushaltsentwurf 2011
- den Band Arbeitsprogramme 2011
- die aufbereiteten Antragsunterlagen zum Haushalt 2011
- die Verwaltungsvorlagen zum Stellenplan 2011
- sowie die Abstimmungsvorlage der Maßnahmenvorschläge von Rödl + Partner

zur Sitzung mitzubringen.

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

**Die Sitzungsunterlagen können auch unter [www.ratsinfo.erlangen.de](http://www.ratsinfo.erlangen.de) abgerufen werden.**

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
PR

Verantwortliche/r:  
Personalvertretung

Vorlagennummer:  
**BM/ZV/011/2010**

### Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen der externen Beraterfirma Rödl + Partner

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	25.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	
Jugendhilfeausschuss	27.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Die beiliegende Stellungnahme der Personalvertretung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

siehe Anlage

**Anlagen:** Stellungnahme der Personalvertretung

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

## **Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen der externen Beraterfirmen Rödl & Partner**

---

### I. Zum Verfahren

Die Berater von Rödl & Partner wurden auch unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, dass sie für eine sehr starke Einbeziehung und Zusammenarbeit mit den Fachbereichen stehen inklusive einer Mitarbeiterbeteiligung. Tatsächlich ist festzustellen, dass eine Mitarbeiterbeteiligung mit Ausnahme der Veröffentlichung eines schon in anderen Städten verwendeten OB-Briefes im Mitarbeiterportal nicht stattfand und eine umfassende Einbeziehung und Kommunikation mit den Fachbereichen unterblieb. Teilweise wurden Vorschläge präsentiert, ohne dass die entsprechenden Fachbereiche oder Schulleitungen einbezogen worden sind. Am 15.10.2010 war vorgesehen, dass die Berater im sogenannten Lenkungskreis die Stoßrichtung für die zu machenden Vorschläge präsentieren. Tatsächlich ist festzustellen, dass eine ganze Reihe von Vorschlägen in der Stoßrichtungspräsentation nicht erwähnt worden sind. So war es nicht möglich, zu verhindern dass mancher schon in der Vergangenheit wiederholt geprüfter Vorschlag und als nicht realisierbar verworfen von den Beratern weiter verfolgt worden ist. Ebenfalls ist nicht erkennbar, dass die Berater auf Anregungen und Vorschläge von Seiten der Verwaltung während der Stoßrichtungspräsentation im Weiteren eingegangen sind.

### II. Zu einzelnen Vorschlägen

#### 1. Kürzung des zentralen Budgets für ZBV/Stellen

Das von den Beratern aufgezeigte Einsparvolumen von 95.100 Euro im Jahr zeigt, dass die Berater das System der Erlanger Budgetierung nicht verstanden haben. Alle ZBV/Stellen sind zwar nach der Personalkostenbudgetierung ausfinanziert, wenn sie aber nicht besetzt sind, entsteht nach Ende des Haushaltsjahres ein Haushaltsüberschuss.

#### 2. Reduktion der Ausbildung über Bedarf

Die Berater sehen Ausbildung (über Bedarf) lediglich als soziale Maßnahme. Sie verkennen, dass Auszubildende auch je nach Ausbildungsstand produktive Arbeiten verrichten, die teilweise die Kosten für die Ausbildung übersteigen. Weiterhin wird verkannt, dass Ausbildung auch durchaus positive Elemente für die Ausbilder hat (intensivere Beschäftigung mit Arbeitsinhalten etc.).

#### 3. Einführung einer 3-monatigen Wiederbesetzungssperre

Die Personalvertretung schließt sich voll inhaltlich der schlüssigen Begründung gegen die Einführung einer Wiederbesetzungssperre von Ref. OBM/ZV an. Ergänzend ist zu erwähnen, dass eine allgemeine Wiederbesetzungssperre in der Industrie und Wirtschaft auch in Krisensituationen kaum praktiziert wird. Eine allgemeine Wiederbesetzungssperre ist nämlich eine Konsolidierung per Zufall. Betroffen sind auch Stellen, die unter Umständen Mehreinnahmen erbringen oder sich zumindest mittelbar mehr als rechnen. Generell gilt bei einer allgemeinen Wiederbesetzungssperre, dass die Aufgabenerledigung deutlich schlechter wird und es zu Verschiebungsprozessen kommt, die zu Mehraufwendungen an anderer Stelle, in anderen Bereichen führen. Im Kern erledigen die Fachbereiche nur noch die Tätigkeiten im ureigensten Bereich Tätigkeiten, die für andere Bereiche der Stadtverwaltung wichtig sind werden dann eher nicht mehr so wahrgenommen wie bisher. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass der Vorschlag zu einer Verschlechterung des Bürgerservice führt und zu einer Benachteiligung von Frauen führen kann (bei Stellenbesetzungen kommen eher Männer als junge Frauen, die u.U. schwanger werden können, zum Zuge).

#### 4. Privatisierung von Reinigungsleistungen

Es ist enttäuschend, dass an dieser Stelle die externen Berater nur die Meinung von Amt 24 ungeprüft wiedergeben. Es ist schade, dass die externen Berater ihren überkommunalen Einblick und Sachverstand an dieser Stelle nicht eingebracht haben. In der von Rödl & Partner ebenfalls beratenen Stadtverwaltung Fürth kommt es nämlich seit einigen Jahren Zug um Zug zur Rekommunali-

sierung früher privatisierter Reinigungsflächen. Es wäre interessant gewesen, wenn der externe Berater in diesem Fall die entsprechenden Berechnungen zur Verfügung gestellt hätte.

#### 5. Optimierung der Hausmeisterdienste

Im Gutachten von Rödl & Partner wird deutlich, dass alle Hausmeister derzeit voll ausgelastet sind. Eine Optimierung ist nach Auffassung von Rödl & Partner nur möglich, wenn die Hausverwalter künftig nur noch Aufgaben für das Gebäudemanagement wahrnehmen. Derzeit nehmen Hausverwalter auch Aufgaben für die gebäudenutzende Dienststelle wahr. Alle Versuche in der Vergangenheit, dies zu ändern, sind an den Widerständen der jeweiligen Dienststellen bzw. Schulleitungen eindrucksvoll gescheitert. Aus Sicht der Personalvertretung sind Optimierungen daher erst dann möglich, wenn Aufgabenveränderungen nicht nur in einem Gutachten empfohlen, sondern auch tatsächlich beschlossen und umgesetzt werden.

#### 6. Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden

Nachdem in der Vergangenheit die Dienststellen der Stadtverwaltung nicht selbst entscheiden konnten, in welchen Räumen, unter welcher Ausstattung und welcher Größe sie arbeiten können bzw. müssen, ist die vorgeschlagene Einführung einer Bonus-Malus-Regelung Unsinn. Statt neue unsinnige, bürokratische und arbeitsintensive, fiktive Spielregeln einzuführen, sollte sich Amt 24 besser auf seine Kernaufgaben konzentrieren.

#### 7. Anpassung des Personaleinsatzes für Schulsekretariate

Der Personaleinsatz in den Schulsekretariaten entspricht den entsprechenden bayerischen Vorgaben und Regelungen. Eine Organisationsuntersuchung vor einigen Monaten hat ergeben, dass eigentlich die Schulleitungen von Verwaltungstätigkeiten noch stärker entlastet werden sollten und deshalb im Bereich Sekretariat/Verwaltungsleitung eine personelle Verstärkung sinnvoll und notwendig ist. Die Begründung von Rödl & Partner, dass in anderen Bundesländern die Schulsekretariate personell schlechter besetzt sind, kann nicht überzeugen, wenn nicht im gleichen Zusammenhang die zu erledigenden Aufgaben aufgezeigt und verglichen werden. Auch wenn man froh sein kann, dass Rödl & Partner ein Bundesland in Deutschland und nicht Kongo als Vergleichsmaßstab herangezogen hat, ist doch so eine Vorgehensweise nicht seriös. Wird der Vorschlag umgesetzt, wären die städtischen Schulsekretariate damit deutlich schlechter personell besetzt als bei den staatlichen Schulen in Erlangen. Zu diesem Vorschlag weisen wir ergänzend auf die beigefügten Stellungnahmen der örtlichen Personalvertretungen der städtischen Schulen hin.

#### 8. Anpassung des Anstellungsschlüssels des pädagogischen Personals im Bereich Tageseinrichtungen für Kinder

Der Anstellungsschlüssel in den städtischen Kindereinrichtungen entspricht den Empfehlungen der bayerischen Staatsregierung und ist im bayernweiten Rahmen. Wenn jetzt eine deutliche Verschlechterung dieses Anstellungsschlüssels vorgeschlagen wird, erscheint dies im deutlichen Widerspruch zu dem parallel vorgelegten Vorschlägen, in diesem Bereich über mehr Investitionen bei der Prävention Einsparungen zu erzielen. Eine deutlich schlechtere Betreuung in den städtischen Kindereinrichtungen führt dazu, dass die Einrichtungen ihre Bildungsfunktionen schlechter wahrnehmen können mit der Folge Mehrausgaben in den Folgejahren. Ein weiteres Argument, was gegen die Verwirklichung dieses Vorschlages spricht, ist die zunehmende Schwierigkeit, qualifiziertes Personal zu finden. Hat die Stadt Erlangen bayernweit die schlechtesten Arbeitsbedingungen, ist mehr als logisch, dass Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen eher zu anderen Arbeitgebern gehen, bei denen die Arbeitsbedingungen deutlich besser sind. Es dürfte kaum vermittelbar sein, wenn der Vorschlag von Rödl & Partner, die Elternbeiträge zu erhöhen umgesetzt wird und parallel dazu, das personelle Betreuungsangebot in den Einrichtungen massiv verschlechtert wird. Ergänzend ist noch anzuführen, wenn der Anstellungsschlüssel so verändert wird ist Folge, dass das Personal ständig und tageweise von einer Einrichtung in die andere umgesetzt werden muss.

#### 9. Neuausrichtung der Spielflächenplanung und Spielflächenstruktur

Die Umsetzung dieses Vorschlages dürfte ein kostenintensives Beschäftigungspaket für Stadtverwaltung und Stadtrat sein. Unter dem Strich verbleibt ein Förderprogramm, Ausbau und Erweiterung des bürgerschaftlichen Engagements in Stadtteilinitiativen. Der aufgezeigte Einspareffekt dürfte nicht realisierbar sein.

## 10. Erhöhung des Vergabeanteils in Grünunterhalten

Die Annahme von Rödl & Partner, dass die Privatbetriebe im Garten- und Landschaftsbau ihre Beschäftigten lediglich im Rahmen von Entgeltgruppe 1 TVöD entlohnen (das sind brutto 1.432,98 Euro - brutto 1.598,15) und deshalb eine Vergabe zu Kosteneinsparungen führt, ist falsch. Die Tariflöhne im Garten- und Landwirtschaftsbau entsprechen durchaus den Tariflöhnen im öffentlichen Dienst. Auch in Privatbetrieben werden Facharbeiter beschäftigt und entsprechend bezahlt. Die Aussage, dass über eine Erhöhung der Vergabequote Einsparungen zu erzielen sind, ist deshalb falsch. Städte wie Nürnberg fahren zum Beispiel auch aus Kostengründen die Vergabequote zurück. Die Vergleichsberechnungen vom EB 77 beweisen, dass der städtische Grünunterhalt wirtschaftlich und kostengünstig arbeitet. Eine Ausweitung der Vergabequote sollte deshalb unterbleiben. Im übrigen sollte berücksichtigt werden, dass bei einer Umsetzung des Vorschlages auf Jahrzehnte hinaus in diesem Bereich keine Neueinstellungen mehr vorgenommen werden könnten, was zu einer völligen Überalterung dieser Arbeitsgruppe führen würde. Eine Ausweitung der Vergabequote sollte deshalb, um Mehrausgaben zu vermeiden, unterbleiben.

- III. Referat OBM/ZV in Schriftform und per Mail mit der Bitte, die Stellungnahme in den jeweiligen Sitzungsunterlagen aufzunehmen, wenn im Januar und Februar 2011 in den Stadtratsgremien über die Vorschläge von Rödl & Partner beraten wird.
- IV. <In Kopie OBM Dr. Balleis> zur Kenntnis.
- V. <In Kopie zum Vorgang>

Stammpersonalrat:  
gez. Roland Hornauer

### Anlagen:

- Stellungnahme des Personalrats der Städtischen Wirtschaftsschule im Röthelheimpark zur geplanten Einsparung einer halben Stelle im hiesigen Sekretariat
- Stellungnahme des Dienststellenpersonalrats des Marie-Therese-Gymnasiums zur geplanten Einsparung einer halben Stelle im Verwaltungsbereich

**Mitteilung zur Kenntnis**

Geschäftszeichen:  
VI/241/GSL

Verantwortliche/r:  
Frau Sabine Gebhardt

Vorlagennummer:  
**241/022/2010**

**Budget des GME im Haushalt 2011 und dessen Auswirkungen aufgrund nicht berücksichtigter Nachmeldungen der Verwaltung**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

**Beteiligte Dienststellen**

**I. Kenntnisnahme**

Aufgrund des bisher vorgesehenen Budgets des GME im Haushaltsjahr 2011

- ⇒ werden im Haushaltsjahr 2011 aufgrund nicht berücksichtigter Nachmeldungen der Verwaltung je Quadratmeter (NGF) durchschnittlich nur noch 4,39 € für die Instandhaltung des Gebäudebestandes zur Verfügung stehen.
- ⇒ wird der Ansatz für Maßnahmen zur Energieeinsparung - in den Vorjahren jeweils mit 150 000 € veranschlagt – im Haushaltsjahr 2011 auf 0 heruntergefahren.

**II. Sachbericht**

**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

1) Ausgehend von einer Nettogrundfläche (NGF) von rund 390 000 qm im Bestand verbleiben für

- Substanzerhaltung (Wartung, Inspektion und Instandsetzung),
- Schönheitsreparaturen und
- anforderungsgerechte Nutzeranpassungen (Aus- und Umbauten, z. B. für Schallschutz)

aller Gebäude und der Außenanlagen jährlich durchschnittlich nachstehend aufgeführte Mittel je Quadratmeter (NGF):

HH 2009	Ansatz 3 807 200 €	<b>9,76 €</b>
HH 2010	Ansatz 2 755 400 €	<b>7,19 €</b>
HH-Entwurf 2011	Ansatz 2 581 900 €	<b>6,62 €</b>
HH 2011, sofern nur die von der Kämmerei aufgenommenen Nachmeldungen der Verwaltung berücksichtigt werden	Ansatz 1 710 550 €	<b>4,39 €</b>

Ein im Jahr 1984 von der KGSt veröffentlichter Bericht<sup>1</sup> empfiehlt, jährlich 1,2 Prozent der Wiederbeschaffungszeitwerte<sup>2</sup> aller Objekte für die Instandhaltung anzusetzen. Das pauschale Verfahren, welches der Ermittlung bereitzustellender Instandhaltungsbudgets dient, basiert auf der Formel

**Wiederbeschaffungszeitwerte aller Gebäude x 1,2 Prozent.**

Der Wert aus den 80ern wurde im jüngst erschienenen KGSt-Bericht 7/2009 „Instandhaltung kommunaler Gebäude“ bestätigt. Zudem wird die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Gebäude im 4. Jahrzehnt ihres Lebenszyklus empfohlen.

Legt man mangels vorhandener Wiederbeschaffungszeitwerte ersatzweise die Normalherstellkosten mit durchschnittlich 2 000 €/qm zu Grunde, ergibt sich ein geschätzter Bedarf in Höhe von jährlich 9 360 000 €. Auf den Quadratmeter bezogen sind es **24,00 €**, die laut KGSt jährlich für Instandhaltung angesetzt werden sollten.

- 2) Der Ansatz für Maßnahmen zur Energieeinsparung - in den Vorjahren jeweils mit 150 000 € veranschlagt - wird 2011 auf 0 herunter gefahren.

Ein Teufelskreis: Werden keine Maßnahmen durchgeführt, welche die Unterhaltskosten der Gebäude senken (z. B. Dämmmaßnahmen), werden weiterhin Mittel in den laufenden Betrieb gesteckt, die andernfalls nachhaltig investiert werden könnten.

## 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Kommt das GME seinen Aufgaben und Verpflichtungen wie bisher nach, verbleiben für den Bauunterhalt in 2011 lediglich 1,71 Mio. €.

### 1. Nicht aufgenommene Nachmeldungen in der Nachmeldeliste

Der Kämmerei wurden neben dem Ausgleich des Verlustvortrages aus 2009 in Höhe von 196 421,89 € weitere 977 000 € nachgemeldet. Berücksichtigt wurden 259 000 €, die aufgrund von Beschlüssen in die Nachmeldeliste aufgenommen werden mussten. Dem GME entstehen in 2011 nicht finanzierte Mehrkosten und damit ein **Defizit** in Höhe von **718 000 €**

### 2. Bewirtschaftung des allgemeinen Grundvermögens

Der Konsolidierungsvorschlag K61 im Gutachten der KGSt sieht vor, dass ausgewählte Objekte des allgemeinen Grundvermögens veräußert werden. Nach wie vor werden all diese Objekte vom GME bewirtschaftet, da bislang keines abgestoßen wurde. Dennoch wurden die Ansätze im Haushalt 2010 umgehend gekürzt. Es ergibt sich im GME ein **Defizit** in Höhe von **66 000 €**

### 3. Gebäudereinigung

Die eingezogenen Stellen für Reinigungskräfte haben eine Fremdvergabe zur Folge, deren Kosten nicht mehr aus den eingesparten Personalkosten refinanziert werden.

Beispiel:

Personalkosten 2009 für die Gebäudereinigung im Frankenhof	76 884 €
Kosten Fremdleistungen für Vertretungsstunden in 2009	37 643 €

Die Kosten der ersten versuchsweisen Vergabe des Frankenhofes betragen 53 500 €. Die Kosten im Frankenhof werden sich in Abhängigkeit der Übernachtungszahlen insgesamt auf bis zu 125 000 € p. a. belaufen. Das **Defizit** in Höhe von **87 350 €** ist nicht finanziert.

<sup>1</sup> KGSt-Bericht 9/1984 „Hochbauunterhaltung: Richtwerte und Gestaltungsvorschläge zur Mittelbemessung, Maßnahmenplanung und Mittelbereitstellung“

<sup>2</sup> Unter Wiederbeschaffungszeitwert ist hier der Preis zu verstehen, der zum Bewertungszeitpunkt für die Erneuerung eines vorhandenen Vermögensgegenstandes durch einen solchen gleicher Art und Güte (= gleicher Standard, nicht gleichermaßen abgenutztes Objekt) gezahlt werden müsste.

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Kompensierung der Defizite erfolgt zwangsläufig durch Einsparungen im Bauunterhalt. Eines der wichtigsten strategischen Ziele des GME „den großen Sanierungsstau abzutragen“, wie es die Budgetierungsregeln seit Gründung des GME vorsehen (vgl. „Regeln für die Budgetierung 2010“ auf S. 342 im HH-Plan 2010) ist mit den derzeit vorhandenen Ressourcen keinesfalls zu erreichen. Im Gegenteil, der Gesamtzustand der Gebäude wird sich weiterhin zunehmend verschlechtern, da die vorgesehenen Mittel weder für die erforderliche Instandhaltung geschweige denn für den Abbau des Instandhaltungsstaus reichen. Die Einsparungen stehen im krassen Gegensatz zur Aussage der KGSt „Eine sachgerechte Instandhaltungsstrategie leistet einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.“<sup>3</sup>

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Um das Niveau im Bauunterhalt halten zu können, welches im Haushaltsentwurf 2011 vorgesehen war, sind die Ansätze des GME im Ergebnishaushalt 2011 um insgesamt 900 000 € zu erhöhen. Sollen Energieeinsparmaßnahmen weiterhin durchgeführt werden, sind zusätzlich 150 000 €, also insgesamt **1 050 000 €** erforderlich.

- Kompensation des korrigierten Verlustvortrages	- 196.421,89 €
- Ersatzfläche Theaterverwaltung	
Anmietkosten für 7 Monate	- 29.400,00 €
Anbindung an das städtische Netz - Inhouseverkabelung	- 20.000,00 €
- Anmietkosten	
Lagerfläche HEKA für Galerie	- 7.200,00 €
Zusätzlicher Stellplatz Abt. 513, Karl-Zucker-Str. 10	- 220,00 €
- Bewirtschaftungskosten der Gebäude	
Erhöhung Kanalgebühren	- 32.200,00 €
Erhöhung Energiepreise	- 331.000,00 €
- Kabelmanagement	-30.000,00 €
- Überprüfung von Abwasseranlagen gemäß Entwässerungssatzung	-100.000,00 €
- Bewirtschaftung des allgemeinen Grundvermögens	
Umsetzung des Konsolidierungsvorschlages K61 im Gutachten der KGSt bisher nicht erfolgt	-66.000,00 €
- Gebäudereinigung	
Mehrkosten durch Stelleneinzug aufgrund Fremdvergabe	-87.500,00 €
- Maßnahmen zur Energieeinsparung	-150.000,00 €

nachrichtlich:

Veranstaltungsmanagement

Die Kosten für das Veranstaltungsmanagement im Bürgerpalais Stutterheim und im Aurachsaaal können erst beziffert werden, wenn Daten über einen repräsentativen Zeitraum vorliegen.

## Stellungnahme von Amt 20 zur Vorlage 241/022/2010 „Budget des GME im Haushalt 2011“

Durch die Nachmeldungen der Verwaltung einschließlich der Korrektur bei den Mieterträgen

<sup>3</sup> Quelle: Instandhaltung kommunaler Gebäude – Budgets ermitteln und Aufwand für Folgejahre planen. KGSt-Bericht 7/2009, S. 11 [Das GME berichtete über diesen KGSt-Bericht in der MzK „Instandhaltung kommunaler Gebäude“, die am 2. März 2010 in den BWA eingebracht wurde.]

wird das Sachmittelbudget von Amt 24/GME von 12.408.500 EURO im Jahr 2010 auf 13.218.900 EURO im Jahr 2011 aufgestockt.

**Für den Kämmererentwurf des Haushalts 2011 wurde nur der finanzielle Rahmen des Budgets vorgegeben.** Die Einzelveranschlagung der Budgetmittel, also die Zuordnung von Planansätzen auf einzelne Sachkonten, bleibt dem Fachamt überlassen. Diese Freiheit bei der Verteilung der Budgetmittel ist elementarer Grundgedanke bei der Budgetierung. Damit steht es selbstverständlich dem GME frei, einen Planansatz für Energiesparmaßnahmen innerhalb des vorgegebenen Budgetrahmens mit Mitteln auszustatten. Die Kämmerei verkennt nicht, dass eine derartige Mittelausstattung mit geringeren Ansätzen innerhalb des Budgets bei sonstigen Maßnahmen verbunden wäre.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Stadt Erlangen nicht nur aus dem Budgetansatz „Energiesparmaßnahmen“ Ausgaben mit diesem Verwendungszweck finanziert. Beispielsweise sind in den Ansätzen für das Schulsanierungsprogramm Mittel enthalten, die z.B. zur Ausführung von Wärmedämmmaßnahmen an der entsprechenden Schule dienen.

Das Sachmittelbudget von Amt 24/GME betrug im Vorjahr 12.408.500 EURO. Hierin sind für einmalige und größere Unterhalts-Maßnahmen Sondermittel in Höhe von 1.543.000 EURO enthalten (siehe Budgetdokumentation). Die Kämmerei geht davon aus, dass mit Abschluss der Maßnahmen diese Sondermittel frei werden.

Im Einigungsgespräch hat die Kämmerei den hohen Mittelbedarf bei Amt 24/GME anerkannt. Aus diesem Grund verblieben einerseits die Sondermittel im Budget von Amt 24/GME, zum anderen wurde die **pauschale Sparvorgabe zurückgenommen**. Darüber hinaus wurde das Budget von Amt 24/GME um zusätzliche Sondermittel für eine Schulmensa (150.000 EURO) und für den Bauunterhalt der Heinrich-Lades-Halle (500.000 EURO) erhöht.

Die Hinweise des GME zu den Mieterträgen sind im Abstimmungsskript als Nachmeldung der Verwaltung (Korrektur) umgesetzt.

Der KGSt-Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung wurde von Fachausschuss und Stadtrat abgestimmt. Als finanzielle Konsequenz wurde das Sachmittelbudget von Amt 24/GME in 2010 um 66.000 EURO reduziert. Sollte sich dieses Einsparpotential nicht realisieren lassen, wird sich die Kämmerei einem entsprechenden Vorschlag auf eine Bereinigung der Budgetabrechnung 2010 nicht versagen.

Da nach Angabe des Fachamts die Kosten für die Fremdreinigung in Abhängigkeit von den Übernachtungszahlen im Frankenhof stehen, schlägt die Kämmerei vor, das Ergebnis 2011 abzuwarten. Falls ein Ausgleich innerhalb des Sachmittelbudgets von Amt 24/GME nicht möglich ist, ist über eine Nachbesserung (Budgetaufstockung, Mittelnachbewilligung) zu entscheiden.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
VI/241/GSL

Verantwortliche/r:  
Frau Sabine Gebhardt

Vorlagennummer:  
241/024/2010

### Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung: Untersuchungsbereich "Amt für Gebäudemanagement" - Maßnahmen 8 bis 13

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Die Verwaltung wird prüfen, in wie weit

- bisher von den Hausverwaltern erbrachte Service- und Pedelleistungen eingestellt werden können, um so zeitliche Freiräume für Bauunterhaltstätigkeiten zu schaffen.
- die Ausführung bauhandwerklicher Tätigkeiten von Hausmeistern übernommen werden kann.

#### II. Sachbericht

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Haushaltskonsolidierungsvorschläge, die von Rödl & Partner für das GME erarbeitet wurden, sehen ein Gesamtvolumen in Höhe von 629 400 € vor.

Maßnahme	Volumen
Nr. 8 Personalreduzierung in Poststelle und Hausdruckerei	38 400 €
Nr. 9 Privatisierung von Reinigungsleistungen	0 €
Nr. 10 <i>Kostenerstattung für die Überlassung von Schulküchen und Personal an Dienstleister<sup>1</sup></i>	40 000 €
Nr. 11 Optimierung der Hausmeisterdienste	313 000 €
Nr. 12 Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden	238 000 €
Nr. 13 Einführung eines Bauinvestitionscontrollings	0 €

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Maßnahme	Umsetzung kritisch	Voraussetzungen
Nr. 8 Personalreduzierung in Poststelle und Hausdruckerei	ja	siehe Ziffer 3
Nr. 9 Privatisierung von Reinigungsleistungen	nein	-
Nr. 11 Optimierung der Hausmeisterdienste	ja	siehe Ziffer 3
Nr. 12 Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden	nein	-
Nr. 13 Einführung eines Bauinvestitionscontrollings	nein	-

<sup>1</sup> in der Zuständigkeit des SchulA

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

#### Nr. 8 Personalreduzierung in Poststelle und Hausdruckerei

Der Vorschlag, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sachbereiche 243-11 Hausdruckerei und Telefonzentrale sowie 243-12 Poststelle in einem Sachbereich unter einer Leitung zusammenzufassen, wurde bereits im Jahr 2001 von der Abteilungsleitung 243 im Rahmen der Rathaussanierung unterbreitet. Es sollten schon damals eine prozessoptimierte Leistungserstellung unterstützt und Synergien beim Personaleinsatz generiert werden. Die Zusammenlegung zu einem Sachbereich wurde allerdings entgegen dem ausdrücklichen Wunsch und Vorschlag der Dienststelle nicht umgesetzt.

Die Umsetzung des Einsparvorschlages setzt zwingend voraus, dass der Sachbereich 243-11 Hausdruckerei und Telefonzentrale vom 6. Stock in das Erdgeschoss des Rathauses in unmittelbare Nähe des Sachbereiches 243-12 Poststelle verlegt werden kann.

Diese notwendige räumliche Veränderung lässt sich jedoch nicht realisieren, da das Erdgeschoss weitestgehend vom Bürgeramt genutzt wird. Ebenso können keine Kompromisslösungen im 1. oder 2. Geschoss gefunden werden, da auch hier Fachbereiche mit regem Publikumsverkehr untergebracht sind.

#### Nr. 11 Optimierung der Hausmeisterdienste

In der Einleitung des Abschlussberichtes sprechen die Gutachter von Rödl & Partner grundsätzlich von Vorschlägen, deren Realisierung eine Anpassung der bisherigen Standards bis hin zum Verzicht auf einzelne Tätigkeiten voraussetzt.

Die „Optimierung der Hausmeisterdienste“ soll nicht durch Personalabbau im Hausverwalterbereich erfolgen, sondern durch verstärkten Einsatz im kleinen und in Teilbereichen im großen Bauunterhalt. Die zeitlichen Ressourcen sollen durch Einstellung fachbereichsübergreifender Tätigkeiten geschaffen werden.

In den Jahren 2001 bis 2004 fanden auf Basis des alten KGSt-Berichtes von 1986 Auslastungsberechnungen im Hausmeisterbereich statt. Als Grundlage der Berechnungen diente ein sogenannter „Grundaufgabenkatalog“, der in der Neuauflage des KGSt-Berichtes von 2010 aktualisiert zur Anwendung kam.

Die KGSt spricht pauschal von 20 Prozent der Arbeitszeit eines Hausmeisters, die für sogenannte Pedellfunktionen (= fachbereichsunterstützende Tätigkeiten) vorgesehen sind, die also nicht unmittelbar mit der Kernaufgabe eines Hausmeisters, der Gebäudebetreuung, zu tun haben.

Im Bereich der Schulen sind diese Pedellfunktionen über das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz hoheitlich geregelt.

Um der Empfehlung von Rödl & Partner folgen zu können, müssen diese unterstützenden Tätigkeiten eingestellt werden. Alles, was nicht den klassischen Hausmeister- / Hausverwalteraufgaben rund um die Gebäudebetreuung zuzuschreiben ist, kann bei Umsetzung des Einsparvorschlages nicht mehr geleistet werden:

- Pfortendienste (z. B. im Rathaus), Eingangskontrolle in Schulen
- Sitzungsdienste
- Veranstaltungsdienste: Vorbereitung und Betreuung von Eltern- und Infoabenden an Schulen, Schulaufführungen, Projektwochen, Lehrerveranstaltungen, Informationstage, kulturellen Aktionen (z. B. im Bürgerpalais)
- Infopunkt für Eltern, Fremdnutzer, Vereine etc.
- Vereinsbetreuung (Auf- und Abschließen, Organisation)
- Organisation der Mittagsbetreuung

- Medienbetreuung (Geräte, Projektoren aufbauen, etc.)
- Betreuung Kopierer (Störungsbeseitigung, Papierstau, Papier nachfüllen) Kopierarbeiten allgemein
- Botengänge (Post holen, Einkäufe erledigen, Schulmaterial besorgen, ...)
- Beschaffung von Lehrproben und Ausstellungsgegenständen
- Neumöblierungen (Entsorgung der alten Möbel, Verteilung der Neuware)
- Entgegennahme von Lieferungen (Schulobst, Bedarfsmaterial, Reinigungsmaterial, Schulmöbel)
- Klassenzimmer in den Sommerferien umräumen / Umzüge allgemein
- Überprüfung nicht ortsfester elektrischer Betriebsmittel
- Bücherausgabe
- Verwahren der Fundsachen
- Weihnachtsdekorationen (Schulen und Kindergärten)
- Betreuung der Schulgärten / Obstbaumanlagen
- Spielgeräte kontrollieren (Sicht- und Funktionskontrolle)

Der Einsparvorschlag Nr. 11 Optimierung der Hausmeisterdienste kann aus Sicht des GME unter Berücksichtigung nachfolgender Punkte umgesetzt werden.

Die Summe der Überstunden im Bereich der Hausverwalter beläuft sich derzeit auf 1 450 Stunden. Im Abschlussbericht wird explizit darauf hingewiesen, „dass ohne eine Änderung des Verständnisses der Aufgaben der Hausmeister insbesondere an schulischen Gebäuden eine im Sinne der Haushaltskonsolidierung erforderliche Einsparung nicht zu erreichen ist. ... Unabdingbare Voraussetzung für die Realisierung ist, dass die Notwendigkeit der Konzentration der Hausmeisteraufgaben auf Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Gebäude durch die Verwaltungsführung unterstützt wird.“<sup>2</sup>

Ferner ist zu beachten, dass die Übernahme handwerklicher Tätigkeiten im größeren als bisher bereits erbrachtem Umfang massive Auswirkungen auf das Sachgebiet Bauunterhalt haben wird. Zum einen sind nicht alle Hausverwalter aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage Baumaßnahmen, wie von Rödl & Partner angedacht, fachgerecht zu erbringen – 30 Prozent der Hausverwalter haben keine entsprechende Berufsausbildung. Externe Aufträge an die örtliche Handwerkerschaft oder an den EB77 würden im gleichen Umfang zurückgefahren werden. Dies hätte nachhaltige Auswirkungen, auch auf die Qualität der erbrachten Leistungen.

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Vorschlag Rödl & Partner			
Maßnahme	2011	2012	2013 ff.
Nr. 8 Poststelle und Hausdruckerei	0 €	38 400 €	38 400 €
Nr. 9 Gebäudereinigung	0 €	0 €	0 €
Nr. 10 Schulküchen <sup>3</sup>	0 €	0 €	40 000 €
Nr. 11 Hausmeisterdienste	104 000 €	208 000 €	313 000 €
Nr. 12 Flächenoptimierung	0 €	0 €	238 000 €
Nr. 13 Bauinvestitionscontrolling	0 €	0 €	0 €
Summen	104 000 €	318 400 €	629 400 €

<sup>2</sup> vgl. Abschlussbericht, Ziffer 5.4.3 auf Seite 48

<sup>3</sup> in der Zuständigkeit des SchulA

Einschätzung des GME

Maßnahme	2011	2012	2013 ff.
Nr. 8 Poststelle und Hausdruckerei	0 €	0 €	0 €
Nr. 9 Gebäudereinigung	0 €	0 €	0 €
Nr. 10 <i>Schulküchen</i>	0 €	0 €	40 000 €
Nr. 11 Hausmeisterdienste	104 000 €	208 000 €	313 000 €
Nr. 12 Flächenoptimierung	0 €	0 €	238 000 €
Nr. 13 Bauinvestitionscontrolling	0 €	0 €	0 €
Summen	104 000 €	208 000 €	591 000 €

Abweichung aus Sicht des GME

Maßnahme	2011	2012	2013 ff.
Nr. 8 Poststelle und Hausdruckerei	0 €	- 38 400 €	- 38 400 €
Nr. 9 Gebäudereinigung	0 €	0 €	0 €
Nr. 10 <i>Schulküchen</i>	0 €	0 €	0 €
Nr. 11 Hausmeisterdienste	0 €	0 €	0 €
Nr. 12 Flächenoptimierung	0 €	0 €	0 €
Nr. 13 Bauinvestitionscontrolling	0 €	0 €	0 €
Summen	0 €	- 38 400 €	-38 400 €

**Anlagen:**

- III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- IV. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
VI/242-1/LHB/T2325

Verantwortliche/r:  
Herr Harald Lauterbach

Vorlagennummer:  
**242/100/2010**

### Friedrichstraße 17, VHS Erlangen, Sanierung

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen  
Ref.IV, 43 VHS, 61, 63

#### I. Antrag

Der Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb nimmt die folgenden Ausführungen zur Kenntnis (Beantwortung des Protokollvermerks aus der 8. Sitzung des Kultur- und Freizeitausschusses, TOP 1.5 –öffentlich-).

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Das denkmalgeschützte Gebäude Friedrichstraße 17 soll für städtische Nutzungen generalsaniert werden. Siehe hierzu auch die beschlossene Vorlage von Ref. IV zur Umsetzung des Entwicklungsplans „Öffentlich-kulturelle Gebäude in der historischen Innenstadt“ (IV/013/2010/1) aus der Dezembersitzung des Stadtrates.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Das Projekt soll analog der Generalsanierung des Palais Stutterheim abgewickelt werden. Im Jahr 2011 kann ein Modernisierungsgutachten, welches Aussagen zu möglichen Nutzungen, zur Statik, zum Brandschutz und der Feuerwiderstandsdauer der Bauteile und zu den Kosten macht, eingeholt werden, wenn Planungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sind Baualterspläne und Befunduntersuchungen zu beauftragen. Dieses Modernisierungsgutachten ist als Voraussetzung für eine Unterstützung durch Städtebauförderungsmittel notwendig.

Im Jahr 2012 können die Fachplaner im Rahmen der europaweiten Ausschreibung ausgewählt werden.

Die Sanierung könnte nach einem Jahr Planungszeit im Herbst 2013 beginnen.

Folgender Sanierungsbedarf ist jetzt bereits erkennbar:

- Fassade, Dach, Fenster
- Holzbalkendecken
- Erneuerung des Innenausbaus, einschließlich Sanierung der barocken Ausstattung der „Aula“
- Erneuerung der gesamten Haustechnik
- Erneuerung der WC- Anlagen
- Brandschutzmaßnahmen und Herstellung von Fluchtwegen
- Energetische Sanierung

- Behindertengerechtigkeit
- Innenhof

Fördermöglichkeiten bestehen ggf. im Rahmen des Städtebauförderprogrammes Soziale Stadt und im Bereich des Denkmalschutzes.

Die Förderung durch das Programm „Soziale Stadt“ setzt die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für Nutzung und Sanierung voraus, dessen Umsetzung schrittweise erfolgen kann. Der zeitliche Rahmen der Umsetzung muss hierbei umrissen werden. Bei einer nur teilweisen Umsetzung der Maßnahme werden bereits gewährte Zuschüsse ggf. vom Fördergeber zurückgefordert. Die Umsetzung von Einzelmaßnahmen, die z.B. der Instandhaltung oder der teilweisen Modernisierung dienen, sind nicht förderfähig.

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Projektleitung durch das GME

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten (Planungsmittel für ein Modernisierungsgutachten):	250.000€	bei IPNr.: ?
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

werden nicht benötigt

sind vorhanden auf IvP-Nr. bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

Planungsmittel sind nicht vorhanden; sie werden von Ref.IV als Nachmeldung zum Haushalt 2011 beantragt

**Anlagen:** Protokollvermerk aus der 8. Sitzung des KFA, TOP 1.5-öffentlich

III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

IV/ORÄ-T. 1021  
43/014/2010

Erlangen, 01.12.2010

**Protokollvermerk aus der Kuratoriumssitzung vom 27.10.2010;  
hier: Renovierung der Heizungsanlage im Egloffstein'schen Palais, Friedrichstraße  
17, Unterrichtsgebäude vhs Erlangen**

**I. Protokollvermerk aus der 8. Sitzung des Kultur- und Freizeitausschusses  
Tagesordnungspunkt 1.5 - öffentlich -**

**Protokollvermerk:**

1. Die MzK wird zum Tagesordnungspunkt erhoben.
2. Der KFA hat einstimmig beschlossen:

Der Bauausschuss wird gebeten, den Sanierungsbedarf für das Palais Egloffstein im Rahmen seiner nächsten Sitzung zu behandeln.

Dabei soll dargestellt werden,

- welcher vordringliche Sanierungsbedarf konkret besteht,
- welche Planungskosten für die wichtigsten Maßnahmen anfallen und
- welche Möglichkeiten einer Förderung für Planung und Baumaßnahmen bestehen.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- III. **Kopie an Amt 24/GME** zum Weiteren.
- IV. **Referat VI** zum Weiteren.

Vorsitzende/r:

gez.

.....

Stadträtin

Aßmus

Schriftführer/in:

gez.

.....

Obringer

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/112

Verantwortliche/r:  
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:  
**11/031/2011**

### **Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2011; Neufassung - Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2010**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Gutachten	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Der SPD-Fraktionsantrag Nr. 136 wird anhand der Verwaltungsvorlage zum Stellenplan 2011 begutachtet..

#### II. Begründung

siehe Auszug Stellenplan

**Anlagen:** Auszug Liste Stellenplan  
SPD-Fraktionsantrag Nr. 136/2010

#### III. Abstimmung

*siehe Anlage*

#### IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

OBM/ZV/112/CMB T. 1642

Erlangen, Dezember 2010

## Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2011

---

### Neufassung

**hier: Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2010  
(Sitzung des HFPA-HH am 15.02./16.02.2011)**

**für die Sitzung des BWA am 18.01.2011**

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Vorbemerkungen</b>	<b><u>2</u></b>
<b>2. Liste A – neue Planstellen, Fraktionsanträge usw.</b>	<b><u>3</u></b>
<b>3. Liste B – Stellenwertänderungen usw.</b>	<b><u>23</u></b>

Referat Zentrale Verwaltung

Ternes

2.3 Stellenneuschaffungen, Funktionsänderungen, kw-Vermerke, s-Sperrungen bzw. –Entsperrungen

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2011 €	Gesamt- jahres- kosten ab 2012 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 15.02./ 16.02.11	Beschluss Stadrat 24.02.11
<b>BWA</b>										
<b>Amt 24</b>										
1.	<u>Fraktions- antrag SPD</u>  VI 2412020	1,0	Techn. Zeichner/in	EG 5	39.700	39.700	<b>Neuschaffung:</b> <i>Stelle ist für die laufende Bestandsdatenpflege dauer- haft erforderlich; bei Einzug der Stelle (siehe unter 2.2, lfd.Nr. 3) kann Bestandsdatenerfassung nicht abge- schlossen werden und bisher schon erfasste Daten sind innerhalb kurzer Zeit veraltet und nicht mehr brauchbar. Die bisherige CAFM-Arbeit seit 2000 geht verloren.</i>			

20/31

Herrn  
 Oberbürgermeister  
 Dr. Siegfried Balleis  
 Rathaus

<b>Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO</b> <b>Eingang: 29.11.2010</b> <b>Antragsnr.: 136/2010</b> <b>Verteiler: OBM, BM, Fraktionen</b> <b>Zust. Referat: OBM/ZV/11/Hr. Matuschke</b> <b>mit Referat:</b>
--

91052 Erlangen

**Anträge zum Stellenplan, Haushalt 2011**

Amt	Stellenplan-nummer	Aufgaben	Besoldungsgruppe/ Kosten	Kurzbegründung
GME Wegfall des Kw-Vermerk zum 1. Januar 2011	2412020	Technischer Zeichner für Bestandspläne; 1,0 VzÄ	EG 5	Stelle ist für die laufende bestandsdatenpflege dauerhaft erforderlich; bei einzug der stelle kann Bestandsdatenerfassung nicht abgeschlossen werden und bisher schon erfasste Daten sind innerhalb kurzer Zeit veraltet und nicht mehr brauchbar. Die bisherige CAFM-Arbeit seit 2000 geht verloren

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik  
 Fraktionsvorsitzender

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/112

Verantwortliche/r:  
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:  
**112/024/2010**

### Maßnahmenvorschläge von Rödl + Partner

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Sportausschuss	18.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Schulausschuss	20.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	25.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	25.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Jugendhilfeausschuss	27.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Stadtrat	24.02.2011	öffentlich	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

alle Referate, Ämter 11, 20, 24, 40, 50, 51, 52, EB77, Personalrat

#### I. Antrag

Die Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner werden anhand der Abstimmungsvorlage begutachtet.

Die Beschlussfassung am 24.02.2011 erfolgt im Rahmen der Verwaltungsvorlage zum Haushalt bzw. Stellenplan 2011 bzw. durch gesonderte Beschlussvorlagen bei Maßnahmenvorschlägen ohne quantifizierte Haushaltsentlastung.

#### II. Begründung

Haushaltsmittel sind auf HHSt. bzw.im Budget nicht vorhanden!

**Anlagen:** Abstimmungsvorlage

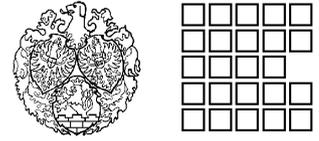
#### III. Abstimmung

*siehe Anlage*

#### IV. Beschlusskontrolle

#### V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

#### VI. Zum Vorgang



Stadt Erlangen Postfach 3160 91051 Erlangen

## Referat Zentrale Verwaltung

An die

Mitglieder des Stadtrates Erlangen

Referatsleitungen

Amtsleitungen

Gebäude: Rathausplatz 1

Zimmer: 1211

Kontakt: Herr Wein

Telefon: 0 91 31 / 86-1642

Telefax: 0 91 31 / 86-771642

E-Mail: marco.wein@stadt.erlangen.de

**Nutzen Sie unsere Angebote im Internet:**

<http://www.erlangen.de>

Unser Zeichen / Schreiben:  
OBM/ZV/112/CMB

Ihr Schreiben / Zeichen:

Datum:  
13. Dezember 2010

## Abstimmungsvorlage der Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage überreichen wir im Betreff genannte Vorlage. In dieser Übersicht sind die Vorschläge von Rödl & Partner nach Fachausschüssen sortiert.

Die Eurobeträge in dieser Übersicht sind von dem Gutachten von Rödl & Partner übernommen, bei Umsetzung der Vorschläge können sich evtl. Abweichungen ergeben.

**Für die Fachausschussberatungen im Januar bitten wir Sie diese Unterlagen zu verwenden.**

Mit freundlichen Grüßen

Ternes



Id. Nr.	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	HH-Position	Erhöhung der Erträge in EUR (kumulativ)			Reduzierung der Personalaufwendungen in EUR (kumulativ)			Reduzierung der sonstigen Aufwendungen in EUR (kumulativ)			Haushaltserstattung in EUR (kumulativ)			Auswirkung auf Stellenplan 2011	GuV-Fachaus-schuss	GuV-FHFA 15./16.02.11	Beschluss Stadtrat			
				2011	2012	2013	nach 2013 ff.	2011	2012	2013	nach 2013 ff.	2011	2012	2013	nach 2013 ff.							
19	50	Ausbau der Unterstützung für obdachlose Menschen (einheitliche Fraktionsmitgliedschaften 2011, Gruppensitzungen, Fraktionsmitgl. 16)	0050 - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (1140 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	55.000 €	55.000 €	55.000 €	-70.100 €	-70.100 €	-70.100 €	15.000 €	30.100 €	45.100 €	60.200 €	-100 €	15.000 €	30.000 €	45.100 €	Neuschaffung in Höhe von 1,0 (SB Sozialer Bereich; S 12)	:	:	Stellenplan 2011	
<b>JHA</b>																						
20	51	Verstärkung der Pflegequote	0160 - Transferaufwendungen				-140.300 €	-143.100 €	-145.900 €	-151.800 €	319.400 €	473.800 €	635.400 €	822.800 €	179.100 €	330.500 €	489.500 €	670.800 €	Neuschaffung in Höhe von 2,0 mit kw-Vermerk zum 31.12.2014 (SB Sozialer Bereich; S 12)	:	:	Erfolgt im Rahmen der Verwaltungs-vorlage zum Haushalt bzw. Stellenplan 2011
21	51	Stärkung der Beratung nach § 16 SGB VIII	0160 - Transferaufwendungen																Neuschaffung in Höhe von 1,5 mit kw-Vermerk zum 31.12.2014 (SB Sozialer Bereich; S 12)	:	:	
22	51	Umverteilung der freiwilligen Zuschüsse im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder	0160 - Transferaufwendungen																Neuschaffung in Höhe von 3,0 mit kw-Vermerk zum 31.12.2014 (SB Sozialer Bereich; S 12)	:	:	
23	51	Steigerung der Erträge aus Elternbeiträgen im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder	0050 - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100.000 €	100.000 €	100.000 €									0 €	100.000 €	200.000 €	200.000 €	Abtragung eines Gruppen-kw-Vermerkes in Höhe von 10,0	:	:	
24	51	Anpassung des Anstellungsschlüssels des pädagogischen Personals im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder	0120 - Personalaufwendungen				69.000 €	277.500 €	415.000 €	415.000 €					69.000 €	277.500 €	415.000 €	415.000 €		:	:	
25	51	Fächendeckende Implementierung von Leistungsver-einbarungen im Bereich Zuschüsse des Jugendamtes für Kinder- und Jugendarbeit	0160 - Transferaufwendungen								50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €		:	:	
26	51	Ausbau des Fachcontrollings zu einem wirkungsorientierten Gesamtcontrolling des Jugendamtes	0160 - Transferaufwendungen								-19.500 €	148.900 €	158.800 €	180.000 €	-19.500 €	148.900 €	180.000 €	180.000 €		:	:	
<b>UVPA</b>																						
27	77	Neuausrichtung der Spielstättenplanung und Spielstättenstruktur	0160 - Transferaufwendungen							119.453 €	234.730 €	204.593 €	757.013 €	0 €	0 €	324.037 €	991.743 €	991.743 €	Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerkes in Höhe von 5,5	:	:	Erfolgt im Rahmen der Verwaltungs-vorlage zum Haushalt bzw. Stellenplan 2011
28	EB 77	Erhöhung des Vergabanteils im Grünunterhalt	0160 - Transferaufwendungen						825.110 €	-734.817 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	90.293 €	90.293 €	Ann.: Im Zuge der Steigerung des Fremdvorgabanteils bedarf es voraussichtlich in mittelfristiger Zukunft einer Verstärkung im dortigen Meisterbereich in Höhe von 0,5. Desweiteren eine Funktionsänderung des Vorratbestands in Höhe von 1,0.	:	:	Neuschaffung in Höhe von 2,0 mit kw-Vermerk zum 31.12.2014 (SB Sozialer Bereich; S 12)
29	EB 77	Aufbau eines Grünflächen-managementsystems	0160 - Transferaufwendungen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	18.691 €	73.327 €	172.011 €	317.897 €	18.691 €	73.327 €	172.011 €	317.897 €	Vorschlag wird bis zu den Haushalts-berentungen 2012 in Höhe von 1,0 im Bereich Grünflächen-Verwaltung	:	:	
<b>Zinsersparnis durch Umstrukturierung von Maßnahmen</b>																						
				300.000 €	358.100 €	548.200 €	576.200 €	286.100 €	530.200 €	1.146.753 €	2.260.440 €	1.378.477 €	2.217.499 €	2.258.611 €	1.198.138 €	2.266.777 €	3.912.452 €	5.095.252 €				
				300.000 €	358.100 €	548.200 €	576.200 €	286.100 €	530.200 €	1.146.753 €	2.260.440 €	1.451.804 €	2.389.599 €	2.576.509 €	1.216.829 €	2.340.104 €	4.084.462 €	5.413.149 €				

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
VI/63

Verantwortliche/r:  
Bauaufsichtsamt

Vorlagennummer:  
63/124/2010

### Antrag zum Arbeitsprogramm 2011 - Prüfung von Brandschutznachweisen; hier: Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Beschluss	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

Amt für Gebäudemanagement, Stadtkämmerei

#### I. Antrag

1. Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion ist damit bearbeitet.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei geeigneten Bauvorhaben die Prüfung des Brandschutzes durch einen Prüfsachverständigen bescheinigen zu lassen. Die hierfür erforderlichen zusätzlichen Mittel sind zum Haushalt nachzumelden bzw. bei entsprechendem Bedarf unterjährig zu beantragen (Antrag auf Mittelnachbewilligung).

#### II. Begründung

Aufgrund der Novellierung der Bayerischen Bauordnung (BayBO) zum 01.01.2008 ist die Zahl an Sonderbauten gestiegen. Bei Sonderbauten muss der Brandschutz bauaufsichtlich geprüft oder von einem Prüfsachverständigen bescheinigt werden. Entgegen der Erwartung des Gesetzgebers werden nicht vorwiegend private Sachverständige mit der Prüfung des Brandschutzes beauftragt, sondern, da günstiger, die Bauaufsichtsbehörden. Bei entsprechendem Antrag des Bauherrn ist die Bauaufsichtsbehörde grundsätzlich verpflichtet, den Brandschutz zu prüfen.

Die Antragszahlen bei Sonderbauten haben sich wie folgt entwickelt:

2005	22
2006	46
2007	52
2008	103
2009	99
2010 (bis 15.12.2010)	67.

Seit Einführung der BayBO 2008 haben sich die Fallzahlen also etwa verdoppelt. In den Fallzahlen nicht enthalten sind die Vorgänge, in denen der Brandschutz ebenfalls geprüft werden muss (Nichtsonderbauten der Gebäudeklasse 5, Mittel- und Großgaragen, isolierte Abweichungen). Hierdurch wird die Mehrbelastung noch deutlicher.

Die Prüfung des Brandschutzes ist Pflichtaufgabe (eine Ablehnung der beantragten Brandschutzprüfung durch die Bauaufsichtsbehörde ist nur möglich, wenn es sich um ein besonders kompliziertes Bauvorhaben handelt, welches die fachliche Kompetenz einer personell ordnungsgemäß ausgestatteten Bauaufsichtsbehörde übersteigt) und wird derzeit von den einzelnen Bezirkssachbearbeiterinnen und -sachbearbeitern wahrgenommen.

Nachdem auch Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen nicht umsetzbar sind, wurde vom Bauaufsichtsamt ein **Antrag zum Stellenplan 2011** auf Schaffung einer neuen Planstelle für die Brandschutzprüfung gestellt. Diesem Antrag konnte aufgrund des vom Stadtrat beschlossenen Nullstellenplans nicht entsprochen werden. Auf die Anmerkungen im Arbeitsprogramm des Bauaufsichtsamtes (Arbeitsprogramme in gedruckter Form ab Seite 347) wird hingewiesen.

Es wird in gewissem Umfang möglich sein, die Brandschutzkonzepte für Kinderkrippen zeitlich vorzuziehen und beschleunigt zu prüfen. Dies wird aber zwangsläufig zu Lasten von anderen Bauanträgen gehen, bei welchen sich die Bearbeitungsdauer verlängern wird. Die Priorisierung der Prüfung von Krippen-Anträgen führt somit zu Nachteilen von Bauanträgen der Wirtschaft und privater Bauherren.

Grenze einer solchen Verzögerung ist jedoch § 75 der Verwaltungsgerichtsordnung, wonach Untätigkeitsklage erhoben werden kann, wenn über einen Antrag ohne sachlichen Grund nicht innerhalb von 3 Monaten entschieden wurde. Fehlende personelle Ressourcen sind grundsätzlich kein Grund, der als Rechtfertigung für eine längere Bearbeitungsdauer herangezogen werden kann. Wird die vorgenannte Grenze erreicht, ist ein zeitliches Vorziehen der Prüfung der Brandschutzkonzepte für Kinderkrippen nicht mehr möglich, um etwaige Klagen zu vermeiden.

Folgende weitere Maßnahme wird ergriffen:

Es werden standardisierte Anforderungen an die Erstellung von Brandschutzkonzepten gestellt, welche von den externen Brandschutzplanern beachtet werden müssen. So wird eine bessere Qualität der extern vergebenen Brandschutzkonzepte erreicht, was die Prüfung der Brandschutzkonzepte erleichtert.

Sofern nicht seitens der Politik für die Prüfung des Brandschutzes eine **Ausnahme vom Nullstellenplan** entsprechend des gestellten Antrags zum Stellenplan zugelassen wird, könnte bei geeigneten städtischen Bauvorhaben, bei denen eine Brandschutzprüfung erforderlich ist, die Prüfung des Brandschutzes an einen Prüfsachverständigen vergeben werden. Die dafür erforderlichen **zusätzlichen Haushaltsmittel** müssten nachbewilligt werden. Eine Aussage darüber, bei welchen konkreten Vorhaben eine Vergabe nach außen erfolgen kann, ist derzeit allerdings noch nicht möglich.

**Anlage:** Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion

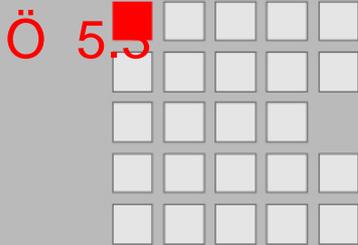
III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



### Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

**Eingang:** 29.11.2010

**Antragsnr.:** 153/2010

**Verteiler:** OBM, BM, Fraktionen

**Zust. Referat:** VI/63/Hr. v. Lackum

**mit Referat:** VI/24/Hr. Kirschner

**SPD Fraktion  
im Stadtrat Erlangen**

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Siegfried Balleis  
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

### **Antrag zum Arbeitsprogramm des Bauaufsichtsamtes Brandschutz-Gutachten für Krippenprojekte**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fallzahlen im Brandschutz haben sich gegenüber früher verdoppelt. Die Prüfungen hierfür werden aus Kostengründen bei den Bauaufsichtsbehörden beantragt.

Beim Ausbau von Krippenprojekten, diese sind Sonderprojekte, wird es zwangsläufig zu Verzögerungen bei deren Genehmigung kommen, wenn die Aufgabenerledigung nicht anders als bisher organisiert wird.

Wir beantragen daher:

Die Verwaltung legt dar, wie Verzögerungen insbesondere bei Krippenprojekten vermieden werden können.

**Datum**  
30.11.2010

**AnsprechpartnerIn**  
Saskia Coerlin

**Durchwahl**  
09131 862225

Mit freundlichen Grüßen

**Seite**  
1 von 1

Dr. Florian Janik  
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Saskia Coerlin  
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
VI/63-1/3/T. 1002

Verantwortliche/r:  
Bauaufsichtsamt

Vorlagennummer:  
**63/125/2010**

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des  
Bauaufsichtsamtes (Amt 63)  
- siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 367**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Beschluss	

**Beteiligte Dienststellen**

### I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2011 für das Bauaufsichtsamt wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Bauaufsichtsamt wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Bauaufsichtsamt wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

### II. Begründung

**Anlage: Arbeitsprogramm des Bauaufsichtsamtes (nur digital)**

### III. Abstimmung

*siehe Anlage*

### IV. Beschlusskontrolle

### V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

### VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
VI/24AL/KWC

Verantwortliche/r:  
Herr Kirschner

Vorlagennummer:  
**24/019/2010**

### **Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für Gebäudemanagement (Amt 24) - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 71**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2011 für das Amt für Gebäudemanagement wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Amt für Gebäudemanagement wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und im Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Amt für Gebäudemanagement wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

#### II. Begründung

Das Arbeitsprogramm 2011 ist als Arbeitsgrundlage für 2011 inhaltlich zu beschließen.

**Anlagen:** Arbeitsprogramm Amt 24 (elektronisch)

#### III. Abstimmung

*siehe Anlage*

#### IV. Beschlusskontrolle

#### V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

#### VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
VI/66

Verantwortliche/r:  
Herr Rudolf Sperber

Vorlagennummer:  
**66/081/2010**

### **Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Tiefbauamtes (Amt 66) - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 373 - 378**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	--------	-------------	------------

Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Beschluss	
---	------------	------------	-----------	--

#### Beteiligte Dienststellen

### I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2011 für das Amt 66 wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Amt 66 wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Amt 66 wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

### II. Begründung

Anlage: Arbeitsprogramm 2011 des Tiefbauamtes

### III. Abstimmung

*siehe Anlage*

### IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

# Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Einladung -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 4.1 Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen der ext Mitteilung zur Kenntnis BM/ZV/011/2010	3
Anlage 1 - Stellungnahme Personalrat BM/ZV/011/2010	4
TOP Ö 4.2 Budget des GME im Haushalt 2011 und dessen Auswirkungen aufgrund nicht Mitteilung zur Kenntnis 241/022/2010	7
TOP Ö 4.3 Umsetzbarkeit der Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung des Untere Mitteilung zur Kenntnis 241/024/2010	11
TOP Ö 4.4 Friedrichstraße 17, VHS Erlangen, Sanierung Beschlussvorlage 242/100/2010	15
PV_KFA 06 10 2010_Egloffstein 242/100/2010	17
TOP Ö 5.1 Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2011; Neufassung - Auszug au Beschlussvorlage 11/031/2011	18
Anlage Auszug Liste Stellenplan 11/031/2011	19
Anlage SPD-Fraktionsantrag Nr. 136 11/031/2011	21
TOP Ö 5.2 Maßnahmenvorschläge von Rödl + Partner Beschlussvorlage 112/024/2010	22
Anlage 1: Schreiben OBM/ZV vom 13.12.2010 112/024/2010	23
Anlage 2: Abstimmungsvorlage Rödl Partner A4 s/w 112/024/2010	24
TOP Ö 5.3 Antrag zum Arbeitsprogramm 2011 des Bauaufsichtsamtes (Amt 63) - Prüf Beschlussvorlage 63/124/2010	26
Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion 63/124/2010	28
TOP Ö 5.4 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 Beschlussvorlage 63/125/2010	29
TOP Ö 5.5 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für Ge Beschlussvorlage 24/019/2010	30
TOP Ö 5.6 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Tiefbauamtes Beschlussvorlage 66/081/2010	31
Inhaltsverzeichnis	32